



Lernen für die Zukunft

Bereits in Vorbereitung der Diskussion über die „Grundsätze der Aus- und Weiterbildung der Werkfaktigen...“ wurde das große Interesse der Kollektive und Leitungen an diesen Problemen sichtbar, da ihre Lösung jeden einzelnen berührt.

Die Diskussion ist in vollem Gange. Es wird allgemein verstanden, daß diese bildungspolitische Aufgabenstellung nur im Komplex mit der wissenschaftlich-technischen und technologischen Weiterentwicklung des Betriebs verwirklicht werden kann.

Viele Kolleginnen und Kollegen brachten zum Ausdruck, daß die Aus- und Weiterbildung der Werkfaktigen ein zutiefst politisch-ideologisches Problem ist, da sie die künftigen hohen Aufgaben lösen hilft und letzten Endes die Frage „Wer-Wen?“ entscheidend beeinflusst.

Die Diskussion ergab aber auch, daß einige Kolleginnen und Kollegen, die sich zur Zeit weiterqualifizieren, unzufrieden sind. Sie finden im Kollektiv und bei den Leitungen zu wenig oder gar kein Ver-

ständnis für die Probleme, die sich aus dem Studium ergeben.

Ein Vorschlag, der in EQ unterbreitet wurde, könnte dieses Problem lösen helfen. Es wird vorgeschlagen, daß jeder Lernende einen Paten erhält. Diese Patenschaft sollte Bestandteil der Verpflichtungen der einzelnen Kollektive werden.

Ein anderes Problem gibt es im Zusammenhang mit den Frauen-Sonderklassen. Die Kolleginnen werden zwar von der Arbeit freigestellt, doch wird in vielen Fällen ihr Arbeitspensum nicht entsprechend gemindert. Die Kolleginnen sind so in ständiger Zeitnot und fühlen sich nicht wohl dabei.

Hier sollten die Leiter nicht nur die Notwendigkeit der Aus- und Weiterbildung einsehen, sondern auch die notwendigen Voraussetzungen für einen normalen Studienablauf schaffen.

In unserer nächsten Ausgabe werden wir uns ausführlicher mit den Problemen der Aus- und Weiterbildung beschäftigen.



Wählerauftrag erfüllt!

Die Verantwortung für das Ganze bringt jeder einzelne von uns auf die vielfältigste Weise zum Ausdruck. Unser Genosse Günter Weidner trägt diese Verantwortung als Brigadier für das Kollektiv, als Stadtbezirksverordneter in der Ständigen Kommission für die Wohnrauminstandsetzung und -haltung in Köpenick, als Mitglied der Kampfgruppe für die Verteidigung unserer Errungenschaften und als stellvertretender IGL-Vorsitzender für die Entwicklung der Hausgemeinschaft. Funktionen, die nicht mit „der linken Hand“ zu erfüllen sind und den Einsatz der ganzen Persönlichkeit verlangen, die klug miteinander verbunden sein wollen, um meßbare Ergebnisse abzurechnen.

„Als Stadtbezirksverordnete konnten wir einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten. Damit haben wir unseren höchsten Auftrag, der im Wahlauftrag 1965 formuliert worden war, erfüllt“, sagte Genosse Weidner. „Mir persönlich bereitet es große Freude, den Bürgern zu helfen. Unsere Kommission konnte 1969 mit nur geringen Abstrichen die Aufgaben in der Wohnrauminstandsetzung und -instandhaltung lösen helfen. Wir haben viele Gespräche mit den Bauarbeitern geführt und sie überzeugt, daß der Kampf um den Staatstitel

die Aufgaben präzisiert und schneller lösen hilft.

Auch in meinem WBA 2 in Oberschöneeweide, wo ich wohne, können wir eine erfolgreiche Arbeit ausweisen. Unsere Verpflichtungen im „Mach mit!“-Wettbewerb erfüllten wir mit 125 Prozent. Ich bin jedoch der Überzeugung, wenn gerade dieser Wettbewerb noch zielgerichteter geführt wird und sich noch mehr Bürger aktiv beteiligen, werden sich noch größere Erfolge abzeichnen.“

Wird persönlicher Einsatz von Erfolg gekrönt, gibt das neuen Auftrieb für weitere Aufgaben. „Ich habe mich mit unserem Kollegen Wolfgang Behrend gefreut, als es mir gelang, bei einem Wohnungstausch zu helfen, bei dem es jahrelang kein Vorwärtskommen gab.“

Mit seiner Kandidatur bereitet sich Genosse Weidner auf die dritte Wahlperiode in seiner Funktion als Stadtbezirksverordneter vor. „Ich habe der Kandidatur gern zugestimmt und hoffe, das Vertrauen der Wähler erneut zu gewinnen“, sagte er uns. Viele Termine stehen zur Zeit in seinem Kalender: Rechenschaftslegungen im Wohngebiet, in Kollektiven und Gespräche im Staatsbürgerkunde-Unterricht der „Karl-Liebknecht-Oberschule“ stehen auf dem Programm.

„Auf ihn ist Verlaß“

großen Leistungen besonders im Januar dieses Jahres sagen“, meinte Parteigruppenorganisator Werner Miegel, Kwk, zu uns.

Otto Worobill gehört als Kranfahrer zum Kollektiv des Kraftwerkes. „Wenn Kohle geliefert wird“, so sagte Vertrauensmann Günter Stand, „sind wir bestrebt, die Ausladung so schnell wie möglich vorzunehmen, damit keine unnötigen Standgelder gezahlt werden müssen.“

Otto Worobill stellte, als die Witterungsbedingungen im Januar die Auslieferung erschwerten, alle persönlichen Interessen zurück, verzichtete auf seine freien Tage und garantierte dadurch ein zügiges Ausladen der Kohlen. Seine Kollegen schätzen die gute Arbeitsmoral und den hohen persönlichen Einsatz von Otto Worobill sehr hoch ein. „Auf ihn ist immer Verlaß“, dieses Lob sprach Genosse Werner Miegel aus.

Otto Worobill konnte im Januar auf eine zwanzigjährige Betriebszugehörigkeit zurückblicken.



„Dem Otto müßte man mal ein öffentliches Dankeschön für seine

Orientierung zum Studium

www.industriesalon.de



Mit dem Studienjahr 1969/70 wurde an den Hochschulen und Universitäten ein neugestaltetes Fernstudium eröffnet, das Hochschulfernstudium der technischen Wissenschaften für Fachschulingenieure.

Wir fragten Herrn Diplom-Ingenieur Knöfel, Leiter dieser neuen Studieneinrichtung im Bereich der Humboldt-Universität, um unsere Leser mit dieser Studienform bekannt zu machen:

Frage: „Können Sie uns etwas über die Gründe sagen, die zur Einrichtung dieses neuen Hochschulfernstudiums führen?“

Antwort: „Dazu muß ich in wenigen Worten die Problematik skizzieren, aus der heraus der Gedanke, ein solches Hochschulfernstudium einzurichten, geboren wurde. Bekanntlich präziserte Walter Ulbricht auf dem 9. Plenum des Zentralkomitees der SED die prognostische Zielstellung, den Welthöchststand im Anteil der Werkstätigen mit Hochschul- und Universitätsabschluß in naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen zu erreichen, dahingehend, daß diese Aufgabenstellung nicht erst im Jahre 1980, sondern bereits in den Jahren 1975/76 gelöst sein muß. Es versteht sich: das ist keine Frage der Statistik, sondern eine Frage der Erweiterung des wissenschaftlich-technischen Potentials, von deren Lösung in entscheidendem Maße abhängt, in welchem Umfang und wie schnell die von Walter Ulbricht auf dem 9. Plenum formulierte Aufgabenstellung realisiert wird, nämlich, bei wichtigen strukturbestimmenden Erzeugnissen und Prozessen Leistungen zu vollbringen, die das Höchstniveau mitbestimmen, die die technische Entwicklung in der Welt vorantreiben.“

Hiervon ausgehend mußte die oben genannte Zielstellung in die Weiterführung der 3. Hochschulreform integriert und nach Lösungswegen gesucht werden. Ein Weg war die Erweiterung bereits vorhandener und die Schaffung neuer Ausbildungskapazitäten für das Direktstudium. Dank der Hinweise des 9. Plenums auf die Weiterbildung als bedeutenden Wachstumsfaktor der Volkswirtschaft rückte die Möglichkeit ins Blickfeld, den großen Kreis der in der Praxis tätigen Fachschulingenieure in die Bewältigung dieser

umfangreichen Aufgabe einzubeziehen. Das heißt, es mußte eine Studienform geschaffen werden, die eine an das im Hochschulfernstudium erworbene Wissen und die in der Praxis gewonnenen Erfahrungen anknüpfende Weiterbildung von Fachschulingenieuren — und zwar großen Stils — ermöglichte.

Die bisherigen Fachstudieneinrichtungen der einzelnen technischen Universitäten und Hochschulen erwiesen sich jedoch für die Realisierung einer Aufgabe solchen Umfangs als zu eng, obwohl natürlich an ihre guten Erfahrungen und Leistungen im Fernstudium anzuknüpfen war.

Aus diesen Gründen erfolgte mit der „Anordnung über die Einrichtung eines Hochschulfernstudiums der technischen Wissenschaften für Fachschulingenieure“ des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen vom 15. Mai 1969 (Gbl. 69, Teil II, Nr. 45) die Bildung dieses neuen Hochschulfernstudiums.“

Frage: „Welche Studieneinrichtungen gibt es innerhalb dieses Hochschulfernstudiums?“

Antwort: „Die Beantwortung dieser Frage ist ein wenig kompliziert, da wir zwischen Grundstudieneinrichtungen und Fachstudieneinrichtungen — unterscheiden müssen.“

Zum besseren Verständnis dieser Unterscheidung sei deshalb kurz gesagt: Die mit der 3. Hochschulreform erfolgte Gliederung des Ausbildungsprozesses in die Phasen Grundstudium und Fachstudium machte es möglich, jeweils mehrere auf gemeinsamen Grundlagen-Disziplinen aufbauende Fachstudieneinrichtungen in einer Grundstudieneinrichtung zusammenzufassen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Rationalisierung des Ausbildungsprozesses in den für verschiedene Fachrichtungen gemeinsamen Grund-

lagendisziplinen durch gemeinsame Lehrveranstaltungen, einheitliche Studienprogramme, Lehrmaterialien, u. a.

Im folgenden nenne ich die im Hochschulfernstudium der technischen Wissenschaften zusammengefaßten Grundstudieneinrichtungen mit den diesen jeweils zugeordneten Fachstudieneinrichtungen:

Maschineningenieurwesen: Grundlagen des Maschinenbaues, Technologie der metallverarbeitenden Industrie, Therm. Maschinenbau/Energieumwandlung, Bau-, Förder-Transportmaschinen, Verarbeitungstechnik, Kraftfahrzeug-Landtechnik, Apparate und Anlagen, Schiffstechnik.

Verfahreningenieurwesen: Verfahrenstechnik.

Elektroingenieurwesen: Technische Kybernetik, Informationselektronik, Elektronische Bauelemente, Elektronischer und wissenschaftlicher Gerätebau, Elektrotechnik.

Verkehringenieurwesen: Transportbetriebstechnik.

Diese Aufzählung bezieht sich nur auf den Bereich der technischen Wissenschaften. Ich muß das deshalb hervorheben, weil im Vollzug der genannten Anordnung des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen ab 1. September 1970 auch die Wirtschaftswissenschaften und Agrarwissenschaften in das neue Hochschulfernstudium einbezogen werden.

Zugleich möchte ich auf solche Möglichkeiten wie Kurse und Lehrgänge an Betriebsakademien, Volkshochschulen im Rahmen der KDT hinweisen.

Voraussetzung für die Bewerbung ist der Fachschulabschluß als Ingenieur und mindestens ein Jahr praktische Ingenieurstätigkeit bzw. gleichzustellende Voraussetzungen.“

Die Bewerbungsunterlagen sind in der Kaderabteilung bis zum 2. Januar 1971 abzugeben. Nähere Auskünfte erteilt Genossin Freese, Zimmer 208.

H. Freese

Vorsorge

von der Schwester Lenins

Lenin bestand darauf, den Inhalt des Dekrets über den Grund und Boden schnellstens im ganzen Land bekanntzumachen. Die besten Agitatoren waren damals die von der Front nach Hause strömenden Soldaten. Ihnen vertraute ein Beauftragter Lenins die gedruckten Exemplare des Dekrets an. Als Lenin davon hörte, befahl er, am Newski-Prospekt alle Abreißkalender aufzukaufen und sie zusammen mit dem Dekret an die Soldaten zu verteilen. Wissen Sie, was unseren Soldaten fehlt, sagte er. Papier für ihren Machorka! Wenn sie den Abreißkalender haben, können sie sich daraus Zigaretten drehen. Andernfalls fürchte ich, werden sie das Dekret bis nach Hause verraucht haben...

Ziele der Patenarbeit

„Arbeiterklasse — Schuljugend“, unter diesem Thema hatte im Januar der Bundesvorstand des FDGB in Halle eine Beratung einberufen. Hier wurden ganz speziell die Probleme der Patenschaftsarbeit zwischen Betrieben und Schulen behandelt. Der Direktor für Kader und Bildung unseres Werkes, Genosse Heinz Friedrich, nahm daran teil. Am 29. Januar berichtete er vor Vertretern von Brigaden unseres Werkes sowie vor Vertretern der „Karl-Liebknecht-Oberschule“ über diese Beratung.

Die Zielstellung in der Patenschaftsarbeit muß nach wie vor die Bemühung sein, den Kindern und Jugendlichen bei der Schaffung eines festen Klassenstandpunktes zu helfen, damit sie durch ihre Leistungen sich für die allseitige Stärkung und Festigung unserer Republik voll einsetzen können, betonte Genosse Dr. Oppermann, Leiter der Kommission für Volksbildung beim Zentralkomitee, auf der Beratung in Halle. Dies soll besonders durch die Vorbereitung und Realisierung von Arbeitsgemeinschaften in den oberen Klassen geschehen, in denen die Kinder an die Technik und die Erfassung und Verarbeitung von gesellschaftlichen Problemen herangeführt werden.

„Da unser Werk in bezug auf Patenschaftsarbeit im Republikmaßstab mit an der Spitze steht, erwächst für uns die große Verpflichtung, unseren Brigaden bei ihrer Patenarbeit noch konkretere Hinweise zu geben“, sagte Genosse Friedrich.

„So ist es besonders wichtig, den 7. Klassen eine Hilfe bei der Aneignung unserer Klassiker zu geben.“

In den 8. Klassen sollen den Kindern, die sich auf die Jugendweihe vorbereiten, eindrucksvolle Jugendstunden geschaffen werden.

Die Unterstützung des FDJ-Studienjahres ist der Schwerpunkt der Patenarbeit in den 9. und 10. Klassen.

Über einige gute Beispiele der Patenarbeit in unserem Werk berichten wir in der nächsten Ausgabe.

Ursula Spitzer

Kandidaten der BGL



Ingenieur-Ökonom Genosse Heinz Röseler ist 39 Jahre alt. Seit August 1969 ist Genosse Röseler BGL-Vorsitzender unseres Werkes.



Patentingenieur Genosse Peter Hofmeister ist 35 Jahre alt. Bereits in der dritten Wahlperiode ist Genosse Hofmeister Mitglied der BGL.



Diplom-Gesellschaftswissenschaftler Genosse Gerhard Bock, 33 Jahre, stellvertretender BGL-Vorsitzender, war während der letzten Wahlperiode amtierender BGL-Vorsitzender.

Gewaltverzicht heißt Grenzen anerkennen

Auf Gewerkschaftsgruppen- und Parteiversammlungen unseres Werkes gab es eine Reihe von Fragen, die im Zusammenhang mit der internationalen Pressekonferenz stehen. Einige Fragen haben wir notiert:



„Fordern wir in der DDR nicht ein bißchen viel? Eigentlich ist uns die neue westdeutsche Regierung doch schon ein ganzes Stück entgegengekommen. Sie ist bereit, mit den sozialistischen Ländern und auch mit der DDR einen Vertrag über Gewaltverzicht abzuschließen und die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD durch einen Staatsvertrag zu regeln. Ist es unter diesen Vorzeichen berechtigt zu sagen, entweder völkerrechtliche Anerkennung oder gar nichts?“

Der Vorsitzende unseres Staates, Genosse Walter Ulbricht, sagte dazu auf der internationalen Pressekonferenz: „Wir wollen uns einmal die Rechtslage etwas näher betrachten: Ein Staat, der mit einem anderen von ihm unabhängigen Staat Verträge abschließen will, aber gleichzeitig leugnet, daß der andere Staat als Völkerrechtssubjekt existiert, verletzt damit das geltende Völkerrecht. Er bekundet damit, daß

entweder den Partner als nicht souveränes, nicht gleichberechtigtes und letztlich seiner eigenen Staatsgewalt unterworfenen Staatsgebilde betrachtet, zu dem nur staatsrechtliche Beziehungen möglich wären, oder daß er

von vornherein gar nicht die Absicht hat, rechtswirksame Vereinbarungen abzuschließen. Was die konkrete Haltung der Bonner Regierung betrifft, so enthält sie beide Varianten. Die Haltung der Bonner Regierung der DDR gegenüber ist eine Verletzung der elementarsten Grundsätze des geltenden und allgemein verbindlichen Völkerrechts. Hier tritt das Festhalten an dem annexionistischen Anspruch der westdeutschen Bundesrepublik, sich die DDR unterzuordnen, klar zutage.

Das Völkerrecht verpflichtet alle Staaten, die souveräne Gleichheit und Unabhängigkeit der Staaten zu achten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Staaten zu entwickeln,

sich der Anwendung oder Androhung von Gewalt zu enthalten, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet ist.

Die Prinzipien des Völkerrechts, so wie sie in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt sind, stellen eine Einheit dar und sind in ihrer Gesamtheit auf die Sicherung des friedlichen Nebeneinanderbestehens von Staaten gerichtet.

Die DDR ist es also nicht nur ihrem eigenen Volke, sondern den Völkern Europas schuldig, diese sogenannten innerdeutschen Zumutungen, die nur der Politik der Revanche und der Aggression des deutschen Imperialismus eine vertragliche Rechtfertigung verschaffen sollen, mit aller Schärfe und Konsequenz zurückzuweisen.“



„Müßten wir nicht überprüfen, ob wir der neuen westdeutschen Regierung nicht ein Stück entgegenkommen können?“

Wird unter dieser Frage die Verhandlungsbereitschaft unserer Republik verstanden, so muß mit einer Gegenfrage geantwortet werden: „Wer hat denn alle Entwürfe von Friedensverträgen und alle Vorschläge über Verständigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung abgelehnt?“ Das war doch immer die Bundesregierung.

„Aber noch nicht die neue, die Brandt/Scheel-Regierung“, wird das Gegenargument lauten. Stimmt!

Brandt gab im Bundestag bekannt, er wolle die „Spannung überwinden und die Beziehungen zwischen den beiden Deutschlands normalisieren“. Und Herr Scheel führte den Wahlkampf unter der Losung, „den Alleinvertreterszopf abzuschneiden“ und die Hallstein-Doktrin als Politik der Blockade der DDR ersatzlos zu streichen.

Durch die Bildung der neuen Regierung haben Herr Brandt sowie Herr Scheel die Möglichkeit, ihre außenpolitischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Bemerkenswert ist jedoch, daß der neue Bonner Außenminister in zynischem Bruch seiner eigenen Wahlversprechungen und entgegen der von ihm angeblich erkannten Lehren der Geschichte als erste Amtshandlung eine Serie von Dienstabweisungen erließ, die in fraprierender Weise die nahtlose Kontinuität der Politik der Alleinvertretungsmaßnahme und der Hallstein-Doktrin widerspiegeln.

Bemerkenswert ist auch, daß Herr Brandt, als unsere Regierung erneut Vorschläge für die vertragliche Re-

Vorschläge der DDR sind historisches Gebot der Stunde

Kernfrage: Völkerrechtliche Anerkennung der DDR Sicherheits-Interessen Europas berücksichtigt

Bonn mit Sperreuer gegen Sicherheitskonferenz

DDR weist Weg zur Lösung der Probleme

Brandt: „Bundesrepublik fest in NATO-System integriert“

Internationale Presse berichtet

„Humorist“: Bonn muß ernsthaft prüfen

PARIS. Die Partner der „Wasaale“ unter der Schlagsel

„Rudé Právo“: Im Interesse der Sicherheit Europas

„Financial Times“: Höchstmaß an Ausdauer erforderlich

LONDON. Die „Financial Times“ unterstreicht, daß es in der Zeit seit dem 20. Jahre andauernden verregneten Zustand zwischen der DDR und der BRD zu

„Scinteo“: Brandt-Kede war voller Widersprüche

BUKAREST. Das Zentralblatt der RKP „Scintea“ hebt die Ethik der DDR hervor, da

Helink: Türen für Verhandlungen sind offen

„Das Auftreten Brandts kann als konstruktiv bezeichnet werden“, schreibt „Passiva“ - „Zeitungs“ (Pünktlich) „den künftige nicht nur die Türen für andere Verhandlungen öffnen, sondern wie auch den realistischen Maßnahmen, in dem nur Erfolg erzielt werden kann“

„Deutsche Volkszeitung“: Bonner Nein ist langst obsurd

„Canadian Trib“: verurteilt Stürmanöver

„Dagens Nyheter“: Brandt ohne konstruktive Vorschläge

STOCKHOLM. „Dagens Nyheter“, die größte bürgerliche schwedische Morgenzeitung, weist sich mit

„Information“: Etwas Besseres als Blut und Eisen

KOPENHAGEN

Strauß: Auch in Zukunft strikte Ablehnung

Wie aus der „Welt“ hervorgeht, hat Franz Josef Strauß erneut DDR nicht gefordert, daß die DDR nicht völkerrechtlich an Zukunft strikt abzulehnen

„Prawda“: Status quo vorbehaltlos anerkennen

MOSKAU. Die „Prawda“ gibt die wesentlichsten Passagen aus der Erklärung Walter Ulbrichts dreispaltig wieder

Minimalforderungen

gelung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unterbreitete, auf die Hauptfragen nicht einging.

Es gibt in dem Entwurf keine Bestimmung, aus welcher geschlußfolgert werden könnte, daß wir für die DDR Vorrechte gegenüber der BRD zu erlangen wünschen. Aber es kann wohl nicht als Maximalforderung angesehen werden, wenn wir gleichermaßen unmißverständlich feststellen, daß wir unter gar keinen Umständen der BRD irgendwelche Vorrechte gegenüber der DDR zugestehen können.

Die BRD betrachtete sich als völkerrechtlich anerkannter Staat. Die DDR erhebt selbstverständlich gleichen Anspruch. Es kann wohl nicht als Maximalforderung angesehen werden, wenn wir feststellen, daß auch die Deutsche Demokratische Republik seit 20 Jahren ein von vielen Ländern völkerrechtlich anerkannter Staat ist, der alle damit verbundenen Pflichten auf sich genommen hat, aber natürlich auch nicht darauf verzichtet, die damit verbundenen Rechte in Anspruch zu nehmen.

Augenauswischerei



„Hat die Regierung Brandt/Scheel nicht bereits mehr getan als alle vorhergehenden? Sie hat doch den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben.“

Man sollte diese Unterschrift richtig werten. Damit wurde doch offensichtlich der Weltöffentlichkeit nur Sand in die Augen gestreut, denn noch ist die Ratifikation — lies: die Erklärung der Verbindlichkeit von Völkerrechtsverträgen durch das jeweilige Staatsorgan — nicht erfolgt.

Daß dies nicht nur eine Formsache ist, beweist die Haltung der neuen Bonner Regierung zu den Vorschlägen der Budapester Beratung der Staaten des Warschauer Vertrages, eine europäische Sicherheitskonferenz einzuberufen. Der Verzicht auf Gewalt, auf atomare, bakteriologische und chemische Waffen wird auf dieser Konferenz genauso eine Rolle

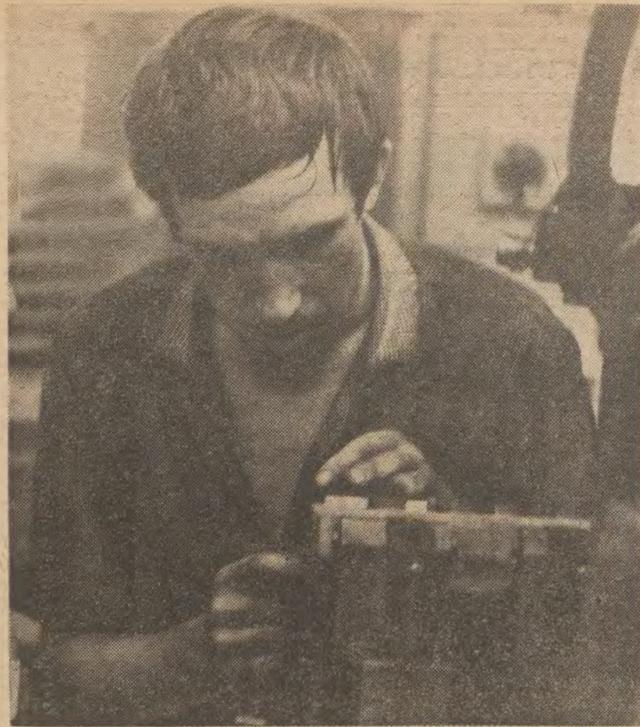
spielen, wie er zum Vertragsentwurf unserer Republik gehört.

Kein europäischer Staat knüpft an seine Teilnahme an der Konferenz irgendwelche Bedingungen. Nur Herr Brandt macht die Teilnahme der BRD vom Ergebnis der Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten abhängig. Alle friedliebenden Menschen der Welt begrüßten die im Vertragsentwurf angestrebte Friedensordnung. Nur Herr Brandt geht darauf nicht ein.

Er will sich das Ansehen eines Friedens- und Verständigungspolitikers geben. Doch die Realitäten zeigen, daß er keinen Schlußstrich unter die Revanchepolitik zieht, daß er sich weiterhin zu den Pariser Verträgen bekennt, daß er die Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an negiert und sich gegenüber Westberlin staatlich-politische Rechte aneignen versucht.

Das ist der alte Bonner Kurs, der sich auch nicht durch die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag verwischen läßt.

Auf große Fahrt - Wir sind dabei



'Wir sind bereit, das Beste zu geben'

Versammlung der Parteigruppe Mw2

„Wir können am besten mitplanen und mitregieren, wenn wir in erster Linie unduldsam sind“. Diese Worte des Genossen Alfred Herdam standen am 30. Januar wie ein Motto über der Parteigruppenversammlung der Genossen von Mw 2. Sie legten dem BPO-Sekretär Genossen Wolfgang Schellknecht und dem Betriebsleiter Genossen Eberhard Falk dar, worin sie die Haupthinderungsgründe für eine kontinuierliche Produktion in V sehen.

Aus jedem Wort sprach die Unduldsamkeit, die Unzufriedenheit mit der augenblicklichen Situation und die Bereitschaft, verändern zu helfen.

„Dürfen wir als Genossen zulassen, daß die politisch-ideologische Arbeit unter der Unkontinuität der Produktion leidet?“ Diese Frage vom Genossen Willi Fenske in seinem Beitrag „Kontinuität - da drückt der Schuh“ im TRAFÖ Nr. 4 angeschnitten, fand eine klare Antwort.

Genosse Egon Amtor: „Natürlich erleichtert ein geregelter Arbeitsablauf die politische Arbeit. Aber gerade in einer solchen schwierigen Situation ist die politisch-ideologische Arbeit notwendiger denn je. Es gibt auch jetzt genügend Möglichkeiten, um mit den Kollegen täglich in das Gespräch zu kommen und ihnen die

Zusammenhänge zu erklären. Unsere Kollegen sind gute Fachkräfte. Es hängt mit von jedem einzelnen Genossen ab, von seiner Aktivität, ob sie bereit sind, das Beste zu geben.“

Genosse Karl-Heinz Hentrich: „Mensch, hau' bloß ab. Sorge erst einmal dafür, daß ich mein Geld bekomme.“ Diese Antwort erhielt ich von einem Kollegen, als ich ein politisches Gespräch mit ihm führen wollte. Der Kollege war mit Recht



vergrößert. Er hatte einige Tausend Minuten nicht mehr für diesen Monat abrechnen können, weil die Arbeitspapiere immer noch nicht da waren. Solche Schludereien erschweren uns die politische Arbeit sehr, darum müssen wir ihnen entschieden entgegenzutreten. Für jeden Genossen müßte es oberste Aufgabe sein, aktiv dazu beizutragen, daß sich die augenblickliche Situation in der Produktion so schnell wie möglich normalisiert. Je besser und gründlicher uns das gelingt, um so

„Wenn wir ganz konkrete Zielstellungen haben, dann wirkt sich das auch gut auf die Arbeitsmoral aus. Warum ist das nur möglich, wenn Nachholbedarf besteht?“ fragte Genosse Alfred Herdam.

mehr Vertrauen werden uns unsere Kollegen entgegenbringen.“

Der Zustand der Arbeitspapiere macht den Genossen viel Sorgen. Die Arbeitsbegleitspapiere und Zeichnungen stimmen oft nicht. Ausschuß entsteht, oder es wird nach falschen Zeichnungsnummern gearbeitet, weil viele Papiere mit der Hand geschrieben auf Ormig abgezogen und unleserlich sind. Da werden einige Jahre alte Arbeitspläne herangezogen und es wird auf Vorrichtungen zurückgegriffen, die schon vor Jahren ausgeschlachtet wurden.

Genosse Helmut Liebs: „Man muß sich bei solch einem Durcheinander, das auch noch durch laufende Änderungen der Konstruktion in der Fertigung verstärkt wird, fragen, wo bleibt die Zusammenarbeit zwischen Konstruktion und Technologie? Wann wird die Technologie ihre kritische Rolle mehr wahrnehmen?“

Der Materialfluß ist ein weiteres krankes Kind. Wesentliche Ursachen sehen die Genossen im Werktransport. Sie stellten die Frage: „Welche Initiative ergreift dieses

Kollektiv? Wann werden z. B. Hänger so in Ordnung gebracht, wie sie auch voll eingesetzt werden können?“

Seit Jahren arbeitet TNS an einer TRO-Norm für Werkzeuge nach TGL. Ergebnisse sind nicht zu sehen. Was dabei herauskommt, wenn das noch die Werkzeughaltung nicht durch Technologie untersteht, die über Art und Mengen am besten Bescheid weiß, sieht so aus:

Genosse Alfred Herdam: „Wir vergeuden einen Teil unserer kollektiven Kapazität noch dadurch, indem wir z. B. Satz- und Scheibefräser selbst bauen. Dabei gibt es in den notwendigen Abmessungen als Normwerkzeuge zu kaufen. Hier muß schnellstens das System geändert werden.“

Genosse Günter Siewer: „Wir haben uns immer mit der Antwort zufriedengegeben, daß an dem Katalog gearbeitet wird. Wir brauchen wenigstens einen vorläufigen Katalog, der auch die Konstrukteure zwingt, von den normtechnischen Voraussetzungen auszugehen.“

Kapazitätsverluste treten in V durch schlechte Arbeitsdisziplin und mangelnde Ausnutzung der Arbeitszeit ein. „Wir haben die Erfahrung gemacht“, so legte Genosse Herdam dar, „daß konkrete Zielstellungen die Arbeitsmoral heben.“

Der Schuh drückt noch an vielen Stellen. Zum Beispiel könnte die Standardisierung der Buchsen und Wellen größere Losgrößen ermöglichen. Vor allem aber ist es notwendig, daß alle Bereiche in die V geschaffene Systemregelung einbezogen werden, weil dieses System Grundlage ist, um die EDV einzusetzen.

Genosse Eberhard Falk: „Im Produktionsbereich wurde eine ‚Ordnung der Produktion‘ verabschiedet. Trotzdem garantieren für die Planerfüllung des Jahres 1970 zu schaffen, eine ganze Reihe sehr konkreter Fakten dar.“

Diese Fakten erwecken den Anschein und deshalb stellt auch der Genosse Fenske die Frage: „Wird denn an den Ursachen überhaupt gearbeitet?“

Und letzteres ist den Genossen Mw 2 nicht nur Lippenbekannt. Die Genossen Schünemann und Hentrich werden als erstes der Betriebsleitung von V helfen, Ordnung in den Fluß der Arbeitspapiere zu bringen. Die in dieser Parteigruppenversammlung unterbreiteten Vorschläge werden beraten und konkrete Maßnahmen nach sich ziehen. „Wir sind bereit, unser Bestes zu geben“, so mulierten die Genossen von Mw

Genosse Karl-Heinz Hentrich (links im Bild) legt als Parteigruppenorganisator großen Wert darauf, daß alle Genossen sich einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten und im Arbeitskollektiv aktiv in Erscheinung treten. Fotos: Lang



„Es gibt die vielfältigsten Möglichkeiten, um mit den Kollegen in das politische Gespräch zu kommen. Jeder Genosse sollte sie noch intensiver als bisher nutzen“, sagte Genosse Egon Amtor.

Kompliziert, aber lösbar

- Nicht der administrative Weg, sondern die Hilfe aller ist notwendig
- Produktionsdirektor Thea Meinke antwortet dem APO-Sekretär Genossen Willi Fenske
- Wir fragen: Wie ziehen die anderen APO-Leitungen mit?

Genosse Fenske stellt in seinem Artikel, in dem er zum Ausdruck bringt, mit welcher Verantwortung die APO-Leitung das Jahr 1969 analysiert hat, um Sicherheiten und Garantien für die Planerfüllung des Jahres 1970 zu schaffen, eine ganze Reihe sehr konkreter Fakten dar.

Diese Fakten erwecken den Anschein und deshalb stellt auch der Genosse Fenske die Frage: „Wird denn an den Ursachen überhaupt gearbeitet?“

Und letzteres ist den Genossen Mw 2 nicht nur Lippenbekannt. Die Genossen Schünemann und Hentrich werden als erstes der Betriebsleitung von V helfen, Ordnung in den Fluß der Arbeitspapiere zu bringen. Die in dieser Parteigruppenversammlung unterbreiteten Vorschläge werden beraten und konkrete Maßnahmen nach sich ziehen. „Wir sind bereit, unser Bestes zu geben“, so mulierten die Genossen von Mw

Genosse Karl-Heinz Hentrich (links im Bild) legt als Parteigruppenorganisator großen Wert darauf, daß alle Genossen sich einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten und im Arbeitskollektiv aktiv in Erscheinung treten. Fotos: Lang

Von Genosse zu Genosse

Die Leitungen der APO 2 und 10 berieten gemeinsame Maßnahmen

Die 12. Tagung des Zentralkomitees, besonders die Darlegungen über die gegenseitigen Kooperationsbeziehungen und -verbindungen, waren für die Leitungen der APO 2 und 10 Anlaß, sich einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten.

„Wie kommen wir aus dieser Situation heraus, was können wir als APO-Leitung tun, um kurzfristig einiges lösen zu helfen, um zu einer kontinuierlichen Arbeitsweise zu kommen?“ Das war der Haupttenor der gemeinsamen Beratung, die am 28. Januar im Frühstücksraum von V stattfand.

Kritisch und sehr sachlich, vor allem mit vollem Verständnis für die Lage des anderen, untersuchten die Genossen, ob wirklich schon alles getan wird, um die terminlichen Forderungen zu erfüllen. Sie prüften, welche Wege es gibt, um besser als bisher zusammenzuarbeiten.

Die Leitungsmitglieder der APO 2 brachten übereinstimmend zum Aus-

druck, daß sie alles daransetzen werden, um die Zusammenarbeit kameradschaftlich zu verbessern.

Der Anfang soll gemacht werden, indem beide Leiter der Produktionsleitung sich wöchentlich abstimmen und sich bemühen, nach innen Ordnung zu schaffen.

Genosse Eberhard Falk, Betriebsleiter von V, legte in der Diskussion dar, daß in V Arbeitsgemeinschaften eingesetzt wurden, die eine systematische Stabilisierung des Betriebes einleiten.

Neben anderen Aufgaben wird zum Beispiel die Kleinmechanisierung in Angriff genommen. Der größte Engpaß in V ist zur Zeit die Bohrrreihe. Die Betriebsleitung bemüht sich um Mehrspindelbohrköpfe, um damit positive Veränderungen zu schaffen.

Die Genossen arbeiteten heraus, daß die politisch-ideologische Arbeit nicht unter den zur Zeit notwendigen

Sondermaßnahmen leiden darf. Diese Bedingungen machen es im Gegenteil unbedingt notwendig, eine stärkere politische Arbeit zu leisten als bisher. Auch für die staatlichen Leitungen muß die politisch-ideologische Arbeit immer im Mittelpunkt stehen.

Die vielen guten Vorschläge dieser Diskussion wurden in einem Beschluß zusammengefaßt, der folgende Punkte enthält:

Bis zum 4. Februar beraten die Genossen die gemeinsam abgestimmten Vorschläge und legen kontrollfähige Maßnahmen fest. Die Leitung des V-Betriebes legt bis zum 9. Februar einen Sofortmaßnahmeplan vor, der von den beiden APO-Leitungen und der BPO-Leitung kontrolliert wird.

Die Parteikontrolle der durch den Technischen Direktor, Genossen Dr. Linnemann, einzuleitenden Maßnahmen wird durch die BPO-Leitung ausgeübt.

rationskapazität noch durch die Zuführung zusätzlicher Arbeitskräfte abgedeckt ist.

Im Gegenteil: die geplante Anzahl der Arbeitskräfte in den Vorwerk-



stätten ist tatsächlich nicht vorhanden. Das Planvolumen ist aber insgesamt gegenüber 1969 gestiegen!

Ist das nun eine Aufgabe, die administrativ von der Werkleitung gelöst werden kann?

Ich bin der Meinung, das ist vielmehr eine Aufgabe, die unser gesamtes Kollektiv angeht, die sicher sehr kompliziert, aber zu lösen ist, unter Einbeziehung der Mitarbeiter aller.

Die führende Rolle der Partei vor

www.industriesalon.de

Es wird viel über die wissenschaftliche Führungstätigkeit der Partei gesprochen. Im großen Rahmen, ich meine die Tagungen des Zentralkomitees und die Parteitage, kann ich mir dazu konkrete Vorstellungen machen. Wie ist das aber in unserem Betrieb? Welchen Anforderungen muß die Leitung der Betriebsparteiorganisation gerecht werden, um die wissenschaftliche Führungstätigkeit zu gewährleisten?

Diese Frage stellte Jugendfreund Helmut Jung.

„Lieber Jugendfreund Jung!
Die wissenschaftliche Führungstätigkeit der Partei ist keinesfalls nur eine Angelegenheit des Zentralkomitees.

Der Hauptinhalt der Führungstätigkeit der Parteileitungen in allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens besteht darin, die Menschen des entsprechenden Bereiches zu sozialistischen Verhaltensweisen zu erziehen. Kurt Hager sagte dazu auf der 10. Tagung des ZK: „Das sozialistische Bewußtsein, ja das gesamte geistige Leben ist zu einer der wichtigsten Triebkräfte unserer gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Es erweist sich täglich an unzähligen Tatsachen und Beispielen, daß kein Schritt zur weiteren Entfaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus vollzogen werden kann, der nicht von der Einsicht, der Überzeugung, der Bewußtheit sozialistischer Persönlichkeiten getragen ist.“

Schnell reagieren

Dieser Entwicklungsprozeß des Bewußtseins bedingt auf Grund seiner Kompliziertheit und Differenziertheit auf jeder Entwicklungsstufe eine wesentlich wissenschaftlichere Führungstätigkeit. Diese Wissenschaftlichkeit kennzeichnete Lenin als das „Vermögen, die Perspektive und die Reihenfolge der zu lösenden Aufgaben richtig festzulegen, die Orientierung auf die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik, auf die fortgeschrittensten Erfahrungen zu geben, die Fähigkeit, schnell und exakt auf veränderte Bedingungen zu reagieren“.

Ausgehend von diesen Anforderungen ist das Hauptaugenmerk der Leitung unserer Betriebsparteiorganisation darauf gerichtet, die Schlüsselprobleme der ökonomisch-technischen Entwicklung des Werkes zu erkennen, die Ausgangsgrößen richtig zu analysieren und die nächsten Schritte vorzuzeichnen. Insbesondere kommt es darauf an, allen Mitgliedern der Partei und allen anderen Werksangehörigen die Aufgaben

gründlich zu erläutern, die volkswirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu erklären.

Das setzt verständlicherweise voraus, daß die Leitung der BPO und auch die Leitungen der APO sich selbstständig die dazu notwendigen Kenntnisse und Informationen aneignen, sich wissenschaftlicher Leitungsmethoden bedienen und in engstem Kontakt mit allen Werktätigen deren schöpferische Mitarbeit erreichen.

Exakt entscheiden

Genau wie im großen Rahmen geht es uns um die Entwicklung einer von hohem Bewußtsein getragenen Initiative aller Kollegen, um solche entscheidenden Vorhaben wie die komplexe technologische Umgestaltung des Großraffabaus, die sozialistische Rationalisierung der Schalterfertigung und die Schaffung des integrierten Systems der elektronischen Datenverarbeitung als wesentliches Element einer wissenschaftlichen Leitungstätigkeit, einer exakten Entscheidungsvorbereitung, schnell und konsequent zu verwirklichen.

Dazu werden für die BPO-Leitungssitzungen von den verantwortlichen staatlichen Leitern Vorlagen eingebracht, werden Parteigruppenberatungen durchgeführt, Ideen, Vorschläge und Meinungen der Genossen und Werktätigen gehört, Lösungsvarianten geprüft, bis ein Erkenntnisprozeß, ein eigener Standpunkt der BPO-Leitung heranreift, der zu entsprechenden Festlegungen für die politisch-ideologische Parteiarbeit und zu Empfehlungen an die staatliche Leitung führt.

Wissenschaftliche Führungstätigkeit der Parteileitung heißt aber auch, die staatliche Leitung zu befähigen, sich einen sozialistischen Arbeits- und Führungsstil anzueignen, der darin besteht, planmäßig und mit Umsicht die vielfältigen politischen, ideologischen, ökonomischen, technischen,

Es antwortet: Genosse
Dieter Diemer, BPO-Sekretär



organisatorischen, sozialen und menschlichen Probleme seines Bereiches zu lösen und sich dabei auf die Kraft der gesamten Parteiorganisation und der gesellschaftlichen Kräfte seines Bereiches zu stützen.

Langfristig planen

Zur wissenschaftlichen Führungstätigkeit gehören natürlich auch solche Elemente wie ein langfristiger Plan der Parteiarbeit, exakte Beschlußfassungen, regelmäßige Beschlußkontrollen u. a. Selbstverständlich gibt es noch eine ganze Menge Arbeit, um die Feststellung treffen zu können, daß unsere BPO-Leitung exakt wissenschaftlich ihre Führungstätigkeit ausübt. Aber mit unserer Verantwortung für die Planung und Leitung des betrieblichen Reproduktionsprozesses tragen wir dazu bei, eine rasche allseitige Stärkung unserer Republik zu vollziehen und somit einen Schritt vorwärts zu gehen auf dem Wege zum entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus in der DDR, auf dem Wege zu einer sozialistischen Menschengemeinschaft, die freundschaftlich verbunden ist mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, die im Frieden und im Geiste der Völkerverständigung leben will.“

neuen Aufgaben

Ende Januar legten wir, die Jugendfreunde der AFO 3, Rechenschaft ab über die Tätigkeit der vergangenen Zeit. Unsere AFO ist erst am 16. Dezember gegründet worden, aber bereits während dieser kurzen Zeit konnten wir den 3. Platz im Wettbewerb zum LENIN-AUFGEBOT belegen. 22 Aufgaben stellten wir uns im vergangenen Jahr von denen, wir schon sieben erfüllten. Dazu kommt eine zusätzliche Verpflichtung unseres Jugendfreundes Karl-Heinz John von K... Er bat, zu Ehren des 100. Geburtstages W. I. Lenins um Aufnahme in die Reihen der Partei der Arbeiterklasse und verpflichtete sich, So... dat auf Zeit zu werden.

Unsere Jugendfreunde, von denen 17 zur Rechenschaftslegung gekommen waren, konnten mit weiteren Ergebnissen aufwarten. So traten fünf Mitglieder in die DSF ein.

Aus den ersten Erfahrungen mit dem System der fehlerfreien Arbeit werden wir nach einiger Zeit konkrete Richtlinien erarbeiten.

AFO-Sekretär Frank Leder sprach im Verlauf der Diskussion über Fragen der Ausnutzung der Arbeitszeit, der Arbeitsbuntheit sowie der Unpünktlichkeit mancher Kollegen im Bereich K. Er sagte auch, daß nicht in Ordnung ist, wenn selbst unsere Leitungsmitglieder oft nicht sind. Der Genosse Friedrich, kaufmännischer Direktor, schloß die ausführliche Diskussion mit den Worten ab: „Die Mitgliederversammlung war ein voller Erfolg, da die einzelnen Beiträge ein hohes Niveau aufwiesen.“ Uns gab die Rechenschaftslegung einen Auftrieb für unsere weitere Arbeit.

Arthur Klein, Mitglied der Jugendredaktion

Mitglied der Zentralen FDJ-Leitung

In eigener Sache

„Wir brauchen eine Jugendredaktion. Wollt Ihr nicht mithelfen?“ Als uns die Redaktion die Frage stellte, sagten wir „ja“. Wir, das sind: Regina Siepert, WAW; Ina Eudendach, N; Peter Schild, Btm; Artur Klein, KTF; und Harald Falkenberg, Keb; sowie Helmut Jung, Vsp.

Wir wollen helfen. „unsere“ Seite so vielfältig wie möglich zu gestalten und Probleme zu diskutieren, die uns allen am Herzen liegen. Natürlich brauchen wir dazu Hinweise, Tips und Informationen über wichtige Termine und Probleme in den einzelnen AFO. In der oben genannten Reihenfolge könnt Ihr uns über folgende Apparatchecknummern erreichen: 150, NTV, 534, 181, 574, 724.

Und wer gern noch in der Jugendredaktion mitwirken würde, der wählt die Nummer 253.

Eure Jugendredaktion



Es stellt sich vor: Brigitte Botthin, TKF

Unser Staat bietet gerade uns jungen Menschen die vielfältigsten Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung. Ich habe sie bisher gut genutzt. 1962 wurde ich FDJ-Mitglied. Mit dem Abitur legte ich zugleich meine Facharbeiterprüfung als technische Zeichnerin ab. In TFK tat ich die ersten Schritte in diesem Beruf, besuchte die Abendschule und qualifizierte mich zum Teilkonstrukteur.

Seit 1965 bin ich Mitglied der Zentralen Jugendkommission für die MMM. Diese Aufgabe macht mir viel Freude.

Das Jahr 1968 brachte für mich zwei Höhepunkte. Am 1. Mai wurde ich als Aktivist geehrt, und im Oktober konnte unser Kollektiv mit dem Staatstitel ausgezeichnet werden.

Auf der FDJ-Delegiertenkonferenz im Dezember 1968 wurde ich in die ZBGL gewählt. Dort bat ich um Aufnahme in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Meine Kenntnisse aus der Arbeit in der Zentralen Jugendkommission für die MMM kamen mir im September 1969, als ich im Konsultationspunkt unseres Werkes auf der Bezirksmesse der Meister von Motoren eingesetzt war, sehr zugute.

Zum 20. Geburtstag unserer Republik konnte unser Kollektiv zum zweiten Mal den Staatstitel erringen. Beim traditionellen Rathausgespräch im November 1969 wurde ich als „Hervorragender Jungaktivist“ ausgezeichnet. Seit dem 14. Januar bin ich erneut der ZBGL angeschlossen — wie sollte es anders sein für die MMM verantwortlich.

Gegen jedes Mittelmaß

Eigentlich wollte ich nur zum EKG. Aber während mich die beiden Kolleginnen Jatzek und Meyer, medizinische Assistentinnen, auf „Herz und Nieren“ prüften, kam das Gespräch auf den Umbau der Röntgenabteilung. Momentan ist dort eine Feierabendbrigade der Maler dabei, den Räumen ein nettes und freundliches Aussehen zu geben. Da ich selbst vom Fach bin, interessierte ich mich dafür.

Doch was ich dort zu sehen bekam, ging gegen meine Berufsehre. In einem Raum war stellenweise vergessen worden, an den Wänden zu streichen, so daß einem die „Nester“ anlächelten. Die Wände waren zur Decke hin unsauber beschnitten, Heizungsrohre und Heizkörper fast nur von vorn gestrichen, die Seiten der Fensterkästen für die Rollos nicht lackiert. Über Leukoplaststreifen und Mauerputz wurde hinweglackiert, von Nasen an Türen und Fenstern nicht zu sprechen. Ich schämte mich für die Maler mit.

Es ist lobenswert, daß die Maler diese Arbeiten nach Feierabend übernommen haben. Aber darf darunter die Qualität leiden? In einer Aussprache mit dem Brigadier fanden meine Beanstandungen Gehör. Die größten Mängel wurden beseitigt. Muß es jedoch immer erst so weit kommen, sehen das denn die dafür Verantwortlichen nicht auch?

Ein Gespräch mit dem Verwaltungsleiter, Genossen Georges, war dazu sehr aufschlußreich. „Sicher sehen wir das und machen auch unsere Beanstandungen“, sagte Genosse Georges. „Dabei treffen wir leider noch auf taube Ohren oder müssen uns sagen lassen, daß man dies als Laie nicht so beurteilen könne. Andererseits sind wir aber zufrieden, daß wir dafür noch Arbeitskräfte gefunden haben.“

Mit diesen Bemerkungen öffnen wir der Schluderarbeit Tür und Tor. Wir brauchen uns dann nicht zu wundern, wenn Unzufriedenheit anstelle des Verständnisses tritt.

Ich meine, Qualitätsmängel sollten sofort aufgezeigt werden und bei

dem verantwortlichen Baufachmann der Investabteilung, wie dem Kollegen Schmol, gemeldet werden.

Genosse Georges führte mich dann ins Dachgeschoß zum Archiv. Dort sieht man Dachbalken, Dachziegel, alte Aktenschränke und verstaubte Akten. Wo man hinsieht: Unsauberkeit und Schmutz! Dabei war 1968 der Dachboden für die Arbeitshygiene ausgebaut worden.

Damals fand der entsprechende Vorschlag des Genossen Georges beim Kollegen Schmol kein Gehör. Erst war kein Geld da, später konnte der Vorschlag aus „technischen Gründen“ nicht verwirklicht werden. Alle Räume waren unter den gleichen Bedingungen gebaut worden, aber nur dieser Raum von etwa 25 Quadratmetern konnte nicht ausgebaut werden. Dabei waren Leisten und Platten sowie die Bereitschaft der Bauarbeiter dazu vorhanden. — Nun verdeckt eine saubere Stellwand mit einer modernen Tür dieses „Archiv“.

Diesen Raum heute zu überholen hieße, mehr Geld dafür aufzuwenden. Wo bleibt hier das ökonomische Denken?

Ein Beispiel von ressortmäßigem Denken, Engstirnigkeit und routinemäßiger Arbeit ist auch das folgende: Von den fünf Räumen der Röntgenabteilung ist für drei die Investabteilung zuständig. Zwei weitere Räume gehören nicht in diesen Bereich, also werden sie nicht mitrenoviert. Sie sollen später nachgeholt werden. Das hieße, die Röntgenabteilung müßte noch einmal geschlossen werden. Das scheint die Kollegen der Investabteilung jedoch nicht zu interessieren, da ihnen die Räume ja nicht unterstehen. Erst einige Gespräche des Genossen Georges mit dem Genossen Isigkeit und dem Kollegen Albrecht konnten diesem ressortmäßigen Denken Einhalt gebieten. Diese beiden Räume werden nun gleich mit renoviert.

Eigentlich wollte ich nur zum EKG. Aber...

Heinz Schütz, Produktionspropaganda

Das ist der Stein des Anstoßes: Ein Dachboden, der aus „technischen Gründen“ nicht ausgebaut werden konnte. Man kann verstehen, daß sich die Kollegen weigern, unter diesen Bedingungen hier zu arbeiten.

Man könnte fast annehmen, hier würde nach dem Motto gehandelt: „Doch wie es drinnen aussieht, geht keinem etwas an“. Denn niemand vermutet hinter dieser Tür (Foto unten) solch einen Archivraum.

Fotos: Lange



In eigener Sache

An alle Veteranen

Alle aus Alters- oder Gesundheitsgründen aus dem Betrieb ausscheidenden TROjaner erhalten von der Redaktion unsere Zeitung „Der TRAFÖ“ zugesandt.

Da ständig neue Namen hinzukommen und andere wegen Todesfall gestrichen werden müssen, ist es notwendig, die Versandliste neu aufzustellen, damit alle Veteranen ihre Betriebszeitung weiterhin erhalten können.

In der letzten Zeit gab es eine Vielzahl Änderungen der Wohnan-

schriften u. ä., die uns obengenanntes Vorhaben erschweren. Wir wenden uns deshalb an unsere Veteranen, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Wir bitten alle Veteranen, die daran interessiert sind, weiterhin den „TRAFÖ“ zu beziehen, uns auf einer Postkarte bis zum 30. April die genaue Anschrift mitzuteilen.

Wir hoffen, mit unserer Bitte Verständnis zu finden, und danken hiermit recht herzlich für die Unterstützung.
Die Redaktion

Empfehlenswert

Poesiealbum 27

Federico Garcia Lorca



Grafik von Pablo Picasso. 32 Seiten. Broschiert, 0,90 Mark. Verlag Neues Leben Berlin.

Roman. 461 Seiten, Ganzleinen, 8,- Mark, Verlag Neues Leben Berlin.

J. Wohlgemuth
Verlobung in Hallerbusch



RÄTSELECKE

Zahlenrätsel

- | | |
|--------------|-------------------------------|
| 1 2 1 3 1 | Stadt im Süden der Türkei |
| 4 5 6 7 6 | Turnerabteilung inneres Organ |
| 8 9 6 5 3 | rohe Ölsäure |
| 9 1 3 10 6 | Stichwaffe |
| 2 8 9 2 6 | Blütenstand |
| 10 11 5 4 3 | Nähmaterial |
| 11 1 1 7 6 | Sternbild des Tierkreises |
| 6 3 10 5 1 3 | Hochgebirgspflanze |
| 5 4 6 3 6 | weiblicher Vorname |
| 7 6 4 1 | DDR-Bezirk |

Die ersten Buchstaben der gefundenen Wörter, von oben nach unten

gelesen, nennen einen sozialistischen Schriftsteller (1887—1968)

Auflösung aus Nr. 4

1. Fechner, 2. Braille, 3. Nairobi, 4. Dementi, 5. Venedig, 6. Weinert, 7. Galvani, 8. Harwich, 9. Virchow, 10. Ausweis, 11. Emotion, 12. Alfonso, 13. Fanfare.
Friedrich Wolf

Herausgeber: SED-Betriebsparteiorganisation Transformatorwerke „Karl Liebknecht“, Oberschöneweide, Wilhelmshofstraße. Verantwortlicher Redakteur: Ruth Melsegeier, stellvertretender Redakteur: Andreas Schako, Redaktionssekretärin: Ursula Spitzer. Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 50 12 B des Magistrate von Groß-Berlin. Druck: (36) Drucker Tägliche Rundschau, 108 Berlin.



KARL LIEBKNECHT Oberschule

Gute Erfolge im ersten Halbjahr

Sogar die schweren Putzhämmer der Maurer, welche zur Zeit die „Karl-Liebknecht-Oberschule“ renovieren, schweigen, als die Jüngsten mit den Fahnen der Pionierfreundschaft in die Aula einmarschieren. Nachdem vor einer Woche die Thälmannpioniere den letzten Appell des ersten Schulhalbjahres durchführten, haben heute die Jungpioniere der 1. bis 3. Klassen ihre Feier. Ernsthafte kleine Gesichter, zum Pioniergruß erhobene Hände, dann haben die Fahnenträger an der Bühne Aufstellung genommen.

Ein halbes Jahr angestrengtes Lernen liegt hinter den Kindern. Für viele von ihnen das erste halbe Jahr. Die erste Bekanntschaft mit Plus und Minus und mit Buchstaben, ungenau noch zu Papier gebracht. Es war das 20. Jahr unserer Republik, als für sie der erste Schultag begann. Das 30. Jahr wird es sein, wenn sie nach zehn Jahren die Schule verlassen.

„Lernt, arbeitet und lebt im Geiste Lenins — vollbringt hohe Leistungen für die allseitige Stärkung der DDR.“ Diese Losung ist auf der Bühne der Aula angebracht. Es sind die Worte des Pionierauftrages, nach dem unsere Pionierorganisation zu Ehren des 100. Geburtstages Lenins in diesem Schuljahr arbeitet.

Der heutige Appell steht unter dem Zeichen des Jahrestages der Volksarmee. Das kleine Programm, das die Pioniere der Klasse 2c gestalten, erzählt von der großen Achtung und Verehrung, welche die Jüngsten der Pionierorganisation ihren Freunden von der Volksarmee entgegenbringen.

Dann spricht der stellvertretende Direktor der Schule zu den Kindern. Neben den Erfolgen im Lernen sind auch Erfolge in der außerschulischen Arbeit zu verzeichnen. So kann Andreas Fehliger aus der Klasse 3d heute mit einer Urkunde ausgezeichnet werden, die er als Sieger eines Schwimmwettkampfes im Kreismaßstab erringen konnte.

Nach der Arbeit das Vergnügen. Viele frohe und erlebnisreiche Tage werden die Pioniere und Schüler unserer Patenschule in den Winterferien erleben. Das „Manöver Schneeflocke“, das gemeinsam mit Kampfgruppenangehörigen unseres Werkes durchgeführt wird, soll einer der Höhepunkte sein.

Große Erfolge beim Lernen und bei der Erfüllung des Pionierauftrages wollen die jüngsten Pioniere der „Karl-Liebknecht-Oberschule“ auch im zweiten Schulhalbjahr erreichen.

Ursula Spitzer



Corinna Reiche, Klasse 1a (vorn im Bild), verfolgte sehr aufmerksam den Fahneneinmarsch.



Andreas Fehliger, Klasse 3d, wurde als Sieger im Schwimmwettkampf über 25 m im Kreismaßstab mit einer Urkunde geehrt.

Wettbewerb zu Ehren Lenins

Zu Ehren des 100. Geburtstages Lenins rief das Zentralhaus der Jungen Pioniere „German Titow“ zu einem Wettbewerb auf. Die Pionierorganisation der „Karl-Liebknecht-Oberschule“ ist bemüht, die sieben Punkte ehrenvoll zu erfüllen.

Tausend rote Nelken wollen die Berliner Pioniere zum 100. Geburtstag

Die dritte Aufgabe, eine Wanderung durch das neue Stadtzentrum, besonders über den Leninplatz, wird unseren Jüngsten viel Interessantes bieten.

Durch gesellschaftlich nützliche Taten wollen die Pioniergruppen 2,50 Mark für einen Rosenstock erwerben. Diese Rosen sollen das Lenin-Denkmal umgeben.

In einem Heft werden alle guten Taten, die jeder Jungpionier im Elternhaus leistet, als fünfte Aufgabe eingetragen.

Der sechste Punkt sieht einen Besuch des Mahnmals der Opfer des Faschismus und die Teilnahme am großen Wachaufzug vor.

Den Abschluß dieses Wettbewerbes bilden gemeinsame Feierstunden mit den Genossen der Volkspolizei, die am 1. Juli ihren 25. Jahrestag der Deutschen Volkspolizei begehen.



Ralf Zallmann, Klasse 6c, gehört zur Instrumentalgruppe der „Karl-Liebknecht-Oberschule“, die unseren Trojanern schon auf den vielfältigsten Veranstaltungen ihr Können demonstrierte.



„Damit wir Kinder glücklich in Frieden lernen und spielen können, stehen unsere Volkssoldaten Tag und Nacht an der Staatsgrenze und halten Wacht“, sagte Karsten Conrad, Klasse 2c, beim Appell der Jungpioniere. (Fotos: Lange)

tag von W. I. Lenin auf dem Platz am Mausoleum in Moskau niederlegen. Jeder Pionier, der bis zum 10. April 1,50 Mark auf ein Sonderkonto einzahlt, ist mit einer Nelke an diesem Blumenstrauß beteiligt.

Ein Pioniernachmittag über das Leben und die Lehren Lenins, das Lernen eines sowjetischen Kinderliedes sowie das Einstudieren eines Massentanzes ist der zweite Punkt.